

newsletter

des SPD-Bundestagsabgeordneten Gerold Reichenbach



Seite 1 - 2: Pressemitteilungen

Seite 3 - 4: Neues aus der Fraktion

Seite 4: Neues aus dem Wahlkreis

- Pressemitteilungen -

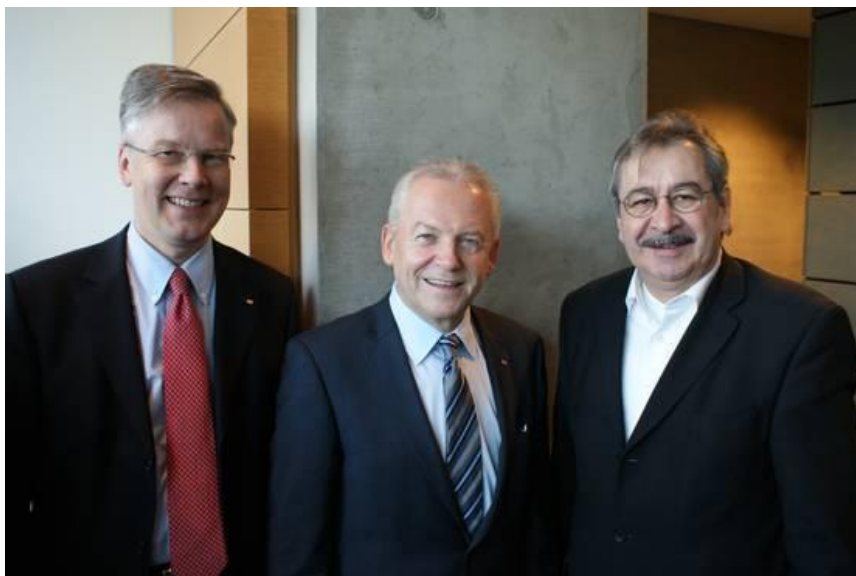
27. Januar 2012 - Reichenbach trifft Bahnchef in Berlin und fordert bessere Anbindungen und weniger Schienenlärm im Kreis Groß-Gerau

Weniger Schienenlärm für Anwohner, bessere Anbindung auf den Fernverkehrsstrecken und Infrastrukturmaßnahmen im Land – diese Schwerpunkte formulierte Gerold Reichenbach mit seinen hessischen SPD-Bundestagskollegen im Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube und dem Konzernrepräsentanten für Hessen, Dr. Klaus Vornhusen.

Traditionell steht der Bahnchef jährlich zum Meinungs austausch mit den Bundestagsabgeordneten zur Verfügung. Gerold Reichenbach schätzt die offene Atmosphäre dieser Gespräche und nutzte die Gelegenheit, um ungefiltert Probleme im Kreis Groß-Gerau und Main-Taunus Kreis anzusprechen. Reichenbach hatte dazu im Vorfeld die betroffenen Gemeinden befragt.

Zwei Themen brannten Gerold Reichenbach besonders unter den Nägeln. „Ganz oben steht für mich die Belastung durch Bahnlärm, dies ist in meinem Wahlkreis vor allem in Groß Gerau auf der Bahnstrecke Mainz-Bischofsheim-Darmstadt und in Raunheim ein großes Problem. Für die Akzeptanz des umweltfreundlichen Transports auf der Schiene ist es wichtig, dass die Anwohner vor Lärm geschützt werden. Es kommt darauf an, dass Bundesregierung und Bahn die Umrüstung konsequent vorantreiben.“ Reichenbach übergab dem Bahnchef eine von der Stadt Raunheim erstellte lärmtechnische Untersuchung.

Als weitere Themen sprach Reichenbach die schleppenden Bahnstreckenmodernisierungen in Stockstadt, Gernsheim und Biebesheim an, die auch das Ziel einer S-Bahn anbindung und der Verlängerung der S-Bahnstrecke Frankfurt-Riedstadt haben sollen. Ebenso sprach er den barrierefreien Umbau von Bahnstationen, etwa in Hofheim, an.



v.l.n.r. Dr. Klaus Vornhusen, Dr. Rüdiger Grube, Gerold Reichenbach, MdB

26. Januar 2012 - Hohes Daten- und Verbraucherschutzniveau im Internet endlich umsetzen!

Anlässlich der heutigen 1. Beratung des Gesetzentwurfs der SPD-Bundestagsfraktion zur Änderung des Telemediengesetzes (TMG) erklären der für Telekommunikation zuständige Berichterstatter der SPD- Bundestagsfraktion im Wirtschaftsausschuss Martin Dörmann, MdB, und der für Datenschutz zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion im Innenausschuss, Gerold Reichenbach, MdB:

Die Bundesregierung enthält den deutschen Internetnutzern nun seit einem dreiviertel Jahr im Europäischen Recht vorgesehene Verbraucher- und Datenschutzrechte vor. Es gibt keine Ausrede mehr, die überfällige Umsetzung der sogenannten Cookie- Richtlinie muss umgehend erfolgen. Die bisherige Regelung im deutschen Telemediengesetz

newsletter

des SPD-Bundestagsabgeordneten Gerold Reichenbach



sieht eine datenschutzrechtlich schwache Kombination aus Unterrichtungspflichten des Diensteanbieters und einer Widerspruchsmöglichkeit für den Nutzer vor (Opt-Out). Der Verbraucher muss gezielt bei jedem Surfvorgang seine Browsereinstellung ändern, um zu verhindern, dass er in seinem Verhalten durch sogenannte Cookies ausgespäht wird. Das ist weder praktikabel, noch entspricht es europäischem Recht.

Denn durch die so genannte E-Privacy Richtlinie sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, bis spätestens Mai 2011, Regelungen zu erlassen, die Anbietern von Telemediendiensten das Speichern von Informationen auf den Computern der Nutzer durch „Cookies“ in der Regel nur erlauben, wenn der Nutzer aufgrund vorheriger umfassender Information eingewilligt hat (Opt-In). Bislang dürfte den wenigsten Nutzern bekannt sein, dass durch die Verwendung von sogenannten „Tracking-Cookies“ detaillierte Nutzerprofile angelegt werden können. Information, Aufklärung und Einwilligungsvorbehalt sind deshalb wichtige Voraussetzungen für selbstbestimmtes Surfen im Netz.

Der Bundesrat hat bereits im August 2011 (BR-Drs. 156/11) einen entsprechenden Vorstoß unternommen. Die Bundesregierung wollte daraufhin im Rahmen der Telekommunikations-Novelle eigene Vorschläge unterbreiten, wie eine vernünftige Regelung im Telemediengesetz aussehen könnte. Das ist bisher nicht passiert. Die Koalition ist offensichtlich auch auf diesem Felde zum Schaden der deutschen Verbraucher völlig handlungsunfähig. Auch der Verbraucherzentrale Bundesverband fordert nachdrücklich, nun endlich entsprechende Regelungen zum Verbraucherschutz umzusetzen. Die SPD- Bundestagsfraktion legt deshalb heute in Übereinstimmung mit dem Bundesrat einen Gesetzentwurf vor, der die weitgehend technikneutrale Formulierung der Richtlinie übernimmt. Wir fordern die Regierungskoalition auf, die Richtlinie endlich umzusetzen und nicht weiter die völlig aberwitzige Auffassung zu vertreten, dass der Nutzer dem Setzen von Ausspäh-Cookies alleine dadurch zustimme, dass er seinen Browser nicht umkonfiguriert habe.

25. Januar 2012 - Europäische Harmonisierung von Daten- und Verbraucherschutz nur auf hohem Niveau!

Anlässlich der heute von der EU-Kommissarin Viviane Reding offiziell vorgestellten Entwürfe einer EU-Datenschutz-Verordnung und einer Richtlinie für die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion im Innenausschuss, Gerold Reichenbach, MdB:

Die Zielsetzung ist richtig. Auch die SPD- Bundestagsfraktion spricht sich für eine Harmonisierung im Bereich Datenschutz in der EU aus. Die Bundesregierung muss sich jedoch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Harmonisierung nicht deutsches Verfassungsrecht außer Kraft setzt, Grundrechte geschützt werden und insbesondere das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nicht ausgehebelt wird.

Es darf nicht zu einer Verschlechterung des Rechtsschutzes für den einzelnen Bürger kommen. Entscheiden wir uns für die Rechtsform einer Verordnung, ist für deren Auslegung nicht mehr primär das Bundesverfassungsgericht, sondern der Europäische Gerichtshof zuständig. Vor dem EuGH gibt es keine Möglichkeit einer Individualbeschwerde, so dass es zu einer faktischen Beschneidung des Grundrechtsschutzes kommen könnte. Das Bundesverfassungsgericht könnte sogar in die Bredouille kommen, seine bisherige Rechtsprechung, wo es um das Verhältnis von nationalem Verfassungsrecht zu abgeleitetem Europäischem Gemeinschaftsrecht geht, in Frage stellen zu müssen, um nach wie vor einen hohen Grundrechtsschutz in Deutschland gewährleisten zu können. Das könnte dazu führen, dass Europäisches Recht nicht mehr einheitlich von den Mitgliedstaaten angewandt werden kann, weil es in Deutschland unter Umständen verfassungswidrig wäre. Die Wahl der Rechtsform muss deshalb mit all ihren Konsequenzen sorgfältig überdacht werden.

Zu den Inhalten: Es ist zu begrüßen, dass durch die Verordnung Unternehmen zu größerer Sorgfalt beim Datenschutz verpflichtet werden. Der Bürger soll umgehend benachrichtigt werden müssen, wenn seine Daten verloren gehen oder unrechtmäßig entwendet werden. Unternehmen, die keinen Sitz in der EU haben, sollen sich nach der Verordnung richten müssen, wenn sie sich an EU-Bürger wenden. Das betrifft auch Internetunternehmen wie facebook und google, wo heiß umstritten ist, welches Recht anwendbar ist. Auch das neu eingeführte „right to be forgotten“ ist ein wichtiger Schritt zu mehr Daten- und Verbraucherschutz im Internet. Der Nutzer kann nun jederzeit seine Zustimmung zur Datenverarbeitung zurückziehen. Datenschutzfreundliche Voreinstellungen sollen verpflichtend werden (Privacy by default/ Privacy by design), d.h. alle Produkte und Dienstleistungen müssen bei Auslieferung beziehungsweise bei der ersten Inanspruchnahme datenschutzfreundlich voreingestellt sein, damit nur so viele Daten erfasst, verarbeitet und gespeichert werden, wie für die Nutzung unbedingt erforderlich ist.

Die Inhalte sind zu unterstützen. Die Bundesregierung ist nun gefordert, sich im Rat der Europäischen Union und gegenüber der Europäischen Kommission für eine weitgehende europäische Harmonisierung auf einem hohen Datenschutz-Niveau einzusetzen, ohne dabei deutsche Grundrechtsstandards aus den Augen zu verlieren.

newsletter

des SPD-Bundestagsabgeordneten Gerold Reichenbach



- Neues aus der Fraktion -

Bundeswehreinsatz in Afghanistan verlängert – Truppenreduzierung beginnt 2012

Die SPD-Bundestagsfraktion hat der Verlängerung der Bundeswehrbeteiligung am ISAF-Mandat in Afghanistan am 26. Januar 2012 mehrheitlich zugestimmt. Mit der Truppenreduzierung in zwei Schritten von 5.350 Soldatinnen und Soldaten auf zunächst 4.900 und schließlich 4.400 in diesem Jahr entspricht die Bundesregierung in ihrem Antrag der Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach einem schrittweisen Rückzug bis Ende 2014.

Nach Abzug der Kampftruppen braucht Afghanistan weiterhin besondere Unterstützung. Nachdem die Bundesregierung den Vorschlag der SPD vor zwei Jahren noch als „unrealistisch“ und „gefährlich“ abgestempelt hat, ist sie nun auf den sozialdemokratischen Kurs eingeschwenkt. Auch die internationale Gemeinschaft hat sich darauf verständigt, die Kampftruppen bis Ende 2014 komplett aus Afghanistan zurückzuziehen. Doch damit wird das internationale und deutsche Engagement am Hindukusch nicht enden. Afghanistan wird auch, wenn deutsche Soldaten nicht mehr an Kampfhandlungen beteiligt sind, noch mindestens bis 2024 besondere Unterstützung brauchen, z. B. wirtschaftlich, politisch, bei der Finanzierung und Ausbildung der Sicherheitskräfte, beim Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur und der Verwaltung. Dieses Engagement hat die internationale Gemeinschaft auf der Afghanistan-Konferenz in Bonn im Dezember 2011 zugesagt.

Durch die traumatischen Erfahrungen der Afghanen nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen in den 90er-Jahren in einem langen Bürgerkrieg, war es wichtig, an die afghanische Bevölkerung das Signal zu senden, dass sie von der internationalen Gemeinschaft von 2015 an nicht im Stich gelassen wird.

Schrittweise übernehmen die Afghanen die Sicherheitsverantwortung. Die Sicherheitsverantwortung wird nun Distrikt für Distrikt seit Juli 2011 bis Ende 2014 in afghanische Hände übergeben. Für eine dauerhafte Stabilisierung Afghanistans ist ein politischer Friedensprozess erforderlich, der alle afghanischen Gruppen inklusive der Taliban einbezieht. Dabei müssen unter anderem folgende Prinzipien gelten: Gewaltverzicht, der Bruch mit dem internationalen Terrorismus und der Respekt für die afghanische Verfassung einschließlich der darin verankerten Menschen- und Frauenrechte.

Regierungsführung verbessern – Korruption bekämpfen
Während sich die Sicherheitslage in Afghanistan im zurückliegenden Jahr leicht verbessert hat, bleibt im Hinblick auf Regierungsführung und Demokratie noch viel zu tun. Nach wie vor spielen Eignung, Befähigung und Leistung bei der Besetzung von Posten eine untergeordnete Rolle. Die Korruption hat weiterhin große Teile des Landes fest im Griff. Können diese Entwicklungen nicht gestoppt werden, drohen Frustration und Enttäuschung in der Bevölkerung anzuwachsen, mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion begleitet seit vielen Jahren eine eigens eingerichtete Task Force die Entwicklung in Afghanistan und die Politik der Bundesregierung. Sie wird diese Arbeit auch in den kommenden Monaten fortsetzen und darauf achten, ob die Zusagen der Bundesregierung eingehalten werden.

Der Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach hat einer Verlängerung des Afghanistanmandats wie auch im vergangenen Jahr nicht zugestimmt. Als Begründung hierfür nennt er die ausufernde Korruption im Land, in die die Regierung um Präsident Hamid Karzai aktiv verstrickt sei und unter welcher in letzter Konsequenz die Bevölkerung leide. Diese wiederum werfe den internationalen Truppen vor, das korrupte Regime zu unterstützen, womit auch der Afghanistaneinsatz bei der afghanischen Bevölkerung an Rückhalt verliere. Reichenbach fordert angesichts dessen, dass die internationale Staatengemeinschaft mehr Druck auf Karzai ausübe, um die Korruption im Land zu bekämpfen.

Spekulation mit agrarischen Rohstoffen verhindern

Auf den Weltagarmärkten steigen die Preise für Agrarrohstoffe. Insbesondere Grundnahrungsmittel wie Getreide, Mais und Reis sind extremen Preisschwankungen unterlegen. Neben wetterbedingten Ernteaussfällen, steigender Weltbevölkerung, wachsender Nachfrage durch veränderte Ernährungsgewohnheiten, verstärkter Nutzung von Ackerflächen zur Produktion von Biokraftstoffen und steigenden Energiekosten, spielen zunehmend auch Spekulationsgeschäfte an den Warenterminbörsen eine wichtige Rolle für diese Entwicklung.

Hauptleidtragende dieser Zustände sind die Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, die die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln aufgrund der hohen Preise immer weniger sicherstellen können. Auch das Welternährungsprogramm der

newsletter

des SPD-Bundestagsabgeordneten Gerold Reichenbach



UNO hat zunehmend Probleme mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln diesen Ländern zu helfen. Die Wareterminbörsen waren ursprünglich ein Instrument des Risikomanagements zur Absicherung extremer Preisschwankungen, sind aber seit der Deregulierung der Finanzmärkte zum Ziel von spekulativen Geschäften geworden. Damit hat sich der Handel mit Getreidederivaten vom realen Markt gelöst.

Sowohl die Landwirte als auch die Händler können sich immer weniger auf die Wareterminbörsen verlassen, um den richtigen Zeitpunkt für den Verkauf bzw. Kauf der Agrarprodukte zu bestimmen. Damit verliert das Instrument seine ursprüngliche Bedeutung für die Landwirtschaft. Knappheitssignale werden nicht mehr erkennbar. Spekulationen verstärken die Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und hemmen im Ergebnis Investitionen in die Zukunft.

Einsatz im Rahmen der G20

In dem Antrag „Spekulation mit agrarischen Rohstoffen verhindern“ (Drs. 17/3413), der in dieser Woche abschließend beraten wurde, fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, sich auf internationaler Ebene, insbesondere im Rahmen der G20, dafür einzusetzen, dass die Wareterminbörsen ihre ursprüngliche Aufgabe des Risikomanagements für die Landwirtschaft wieder erfüllen können, und Nahrungsmittelspekulationen zu Lasten der Ärmsten der Armen verhindert werden, und deshalb

- der Handel mit Agrarrohstoffen möglichst über Börsen oder zentrale Clearingstellen abgewickelt wird;
- ausschließlich standardisierte Produkte handelbar sind;
- eine Mindesthaltspflicht für Termingeschäfte eingeführt wird, die kurzfristige Spekulationen verhindert;
- Meldepflichten für Kontrakte, die außerhalb von Börsen oder zentralen Clearingstellen geschlossen werden, eingeführt werden;
- die Märkte durch regelmäßige Veröffentlichung der Daten wie in den Vereinigten Staaten wieder transparent werden;
- im Rahmen der geplanten EU-Verordnung zu Over-the-counter-Derivaten und im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinien zu Märkten für Finanzinstrumente (MiFID) und zu Marktmissbrauch (MAD) diese Punkte umzusetzen.

Der Antrag wurde von der schwarz-gelben Koalition im Plenum abgelehnt.

- Neues aus dem Wahlkreis -

Veranstaltungshinweis

Ich möchte noch einmal an eine Veranstaltung von Ulla Schmidt, MdB, und mir im Wahlkreis erinnern. Es handelt sich hierbei um eine Veranstaltung aus der Reihe Fraktion vor Ort zum

Demografischen Wandel

Die Veranstaltung findet am 27. Januar 2012 um 19:00 Uhr im Buch- und Kulturzentrum in der Villa Herrmann, Mozartstraße 3, in Ginsheim-Gustavsburg statt.